



# **DIE LINKE.**

## **Kreisverband Salzgitter**

**Rundbrief an Mitglieder und interessierte Bürger/innen**

**Dezember 2017 - Januar 2018**

### **Aus der Rede von Katja Kipping auf der Sitzung des Parteivorstandes am 15. 10 2017:**

„Wir haben im 10. Jahr unserer Existenz als DIE LINKE das zweitbeste Ergebnis unserer Geschichte erreicht. Das ist ein Erfolg, den wir uns nicht kleinschreiben lassen dürfen. Wir haben gezeigt, dass wir flächendeckend im Westen, auch im konservativen Süden, über 5 % liegen und bei den jüngeren Wählerinnen sogar bei 11 % liegen. Das zeigt, wir sind eine bundesweite Partei mit guten Zukunftsaussichten.

Das verstellt uns aber nicht den Blick darauf, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag ein – deutlich nach rechts verschoben haben. Dies ist auch ein Ergebnis einer Hegemonieverschiebung nach rechts. Sie setzt sich fort in einer programmatischen Rechtsverschiebung bei der Union sowie in der Übernahme von rechten Deutungsmustern selbst in ehemals linksliberalen Medien und in den Themensetzungen in den Talkshows.

Allerdings müssen wir uns dem Umstand stellen, dass wir nicht nur viele Wählerinnen gewonnen, sondern auch viele Wählerinnen verloren haben und unser Potential bei den Erwerbslosen und den Arbeiterinnen nicht ausschöpfen konnten. . .

Wir erleben eine neue, eine doppelte Spaltung. Sie war immer da, aber jetzt bestimmt sie mit voller Wucht die Debatte und, ja, auch die Selbstzuordnung der Menschen. Es gibt die Spaltung zwischen Arm und Reich, zwischen Mittellosen und Besitzenden. Zu diesem traditionellen Klassenverhältnis ist nun ein neues hinzugetreten; die zunehmende Trennung zwischen denen, die sich – vereinfacht gesprochen – als „Modernisierungsgewinner“ sehen und jenen, die sich als „Modernisierungsverlierer“ fühlen. Und auf beiden Seiten sind Arbeiterinnen und linke Wählerinnen zu finden.

Ja, es gibt nicht nur jene, die im Überall leben. Es gibt auch jene, die gefühlt im Nirgendwo leben. Sie besitzen ihren einen Job oder gar keinen. Sie besitzen ihre eine Identität, sie leben beispielsweise in ländlichen Räumen. Und wenn das, was sie bisher als Arbeit kannten, ihre Gegend verlässt – dann bleiben sie zurück. Sie sind nicht immer unbedingt ganz arm. Sie wissen jedoch sehr genau, dass sie noch ärmer werden können. Einige haben tatsächlich Existenzängste. Nicht wenige eher Abstiegs – ängste, da sie noch etwas zu verlieren haben. Und sie wissen, dass sie nichts mehr hinzugewinnen können. Es gibt für sie kein Aufstiegsversprechen mehr. Es gibt nur noch Stillstand – oder Abstieg.

Meine Beobachtung aus dem Wahlkampf ist folgende: Es gibt die Mehrheit der Unentschiedenen und es gibt zwei ideologisch gefestigte Gruppen. Da sind jene, für die soziale und globale Gerechtigkeit untrennbar zusammenhängen. Sie erwarten von uns klare Kante gegen rechts und kommen mit konkreten Anliegen zu uns. Die andere gefestigte Gruppe geht durch und durch in gruppenbezogene - nem Menschenhass auf. Für sie lautet der antagonistische Widerspruch: Wir Deutschen gegen die Anderen, gegen die Ausländer, gegen die Flüchtlinge, die Migranten, die Muslime – vielleicht auch mal wieder gegen die Juden. Diese gefestigte Gruppe ist kaum zu gewinnen.

Und dann gibt es jene, bei denen offen ist, ob sie sich zuallererst als Deutsche sehen, oder eher als Mieter, der sich über die steigenden Mieten beschwert oder als Erwerbslose, die sich vom Job – Center schikaniert fühlen oder als Beschäftigte, die wieder nur einen befristeten Arbeitsplatz bekommen.

Sobald als zentrale Konfliktdimension Deutsche versus Andere aufgerufen wird, verlieren wir Linken. Um alle Missverständnisse zu vermeiden: Antirassistische Slogans sind wichtig, um jene, die hier klar sind, zu stärken und zu ermuntern. Sie sind wichtig für die junge Generation, die sich an dieser Frage politisiert. Fürs gewinnen der ideologisch schwankenden gilt es, die sozialen Konfliktdimensionen zu stärken: als Mieter gegen Miet-Haie oder den Hedgefonds. Als Beschäftigte gemeinsam gegen Befristungen, als Erwerbslose gemeinsam gegen Hartz-IV-Sanktionen etc. Wir müssen dabei die Menschen verstehen, um verständlich zu sein. Wir müssen aus den Konflikten sprechen und nicht über sie. Wir müssen das abbilden können, was die Menschen bewegt und sie nicht agitieren. Vertrauen entsteht durch Anpacken. Glaubwürdigkeit entsteht durch Veränderung. Veränderung braucht Durchsetzung. Es muss sich lohnen mit uns zu sein, weil es mit uns mehr gibt als mit den anderen. Oder um es mal anders zu sagen: Wie können wir dafür sorgen, dass Merkel nicht für ihre Flüchtlingspolitik, sondern für ihre Politik der sozialen Spaltung ausgepiffen wird.“

## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

nachdem wir bei der Bundestagswahl mit 8,2 % der Stimmen unser zweitbestes Wahlergebnis erreicht hatten, waren es bei der Landtagswahl nur 4,8 %. Das war ziemlich ernüchternd.

Vor allem müssen wir uns fragen, warum wir bei den Arbeitslosen und den Arbeitern so schlecht abschneiden, obwohl wir doch eigentlich viele Anstrengungen unternehmen, deren Lebensverhältnisse zu verbessern. Wir haben es nicht geschafft, die Wählerinnen und Wähler von unserem politischen Angebot zu überzeugen. Der Soziologe Oliver Nachtweih beschrieb die Ursachen, warum die unteren Mittelschichten Angst haben abzustürzen, wie folgt: „Früher gab es die Fahrstuhlgesellschaft, bei der es (mit großen Ausnahmen, Migranten z. B.) für alle bei Beibehaltung der ungleichen Vermögensverteilung tendenziell nach oben ging. Heute haben wir die Rolltreppengesellschaft die langsam, aber konstant nach unten führt. Und wer in der Mitte bleiben will, muss immer mehr strampeln, was auf Dauer zur Barbarisierung der Gesellschaft führt. Daher ist das Schaffen von sozialer Sicherheit zentral, um die Gesellschaft zu festigen“.

Die soziale Frage ist unser Wesenskern. Aber möglicherweise waren wir in den letzten Jahren fast ausschließlich mit der Abwehr von Angriffen auf den Sozialstaat, die Bürgerrechte usw. beschäftigt und haben uns zu wenig mit erkämpfbaren, konkreten Zukunftsthemen beschäftigt. Themen, die auf den ersten Blick vielleicht unerreichbar erscheinen und Mut brauchen.

Wie wäre es mit kostenloser Nutzung des ÖPNV für alle? Das gemeinsame konsequente Verfolgen des Vorschlags unserer Fraktion, Kinderkrippenplätze unentgeltlich zu machen? Die Rückführung des Klinikums, der WEVG . . . in städtisches Eigentum? . . . Oder zunächst mal eine öffentlichkeitswirksame Unterschriftensammlung für eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer ?

**Sozial. Gerecht. Für alle.**  
**DIE LINKE.**

---

## **Betrieb & Gewerkschaft**

Am 6. Dezember endete in Niedersachsen auch die zweite Runde der Tarifverhandlungen zwischen IG Metall und Arbeitgeberverbänden ergebnislos.

Untenstehende Solidaritätserklärung verschickten wir darauf hin an die IG Metall Salzgitter/Peine, die Betriebsräte von Salzgitter AG, VW, MAN, Bosch und Alstom, sowie die örtlichen Zeitungen.

## **Wir unterstützen die Forderungen der IG Metall in der aktuellen Tarifrunde**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Forderungen der Metallerrinnen und Metaller nach einer Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 6 Prozent für eine Laufzeit von 12 Monaten, sowie der Anspruch auf Reduzierung der individuellen, regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeiten auf bis zu 28 Stunden für bis zu 24 Monate findet unsere volle Unterstützung.

Der Schritt zu mehr Arbeitszeit-Souveränität für die Beschäftigten ist ein wichtiger Schritt gegen die fortwährende Erhöhung des Arbeitsdrucks. Sie ist auch mit Blick auf die um sich greifende Verunsicherung in den Betrieben überfällig und ein Beitrag zur Sicherung von Beschäftigung und Arbeitszufriedenheit.

Der Acht-Stunden-Arbeitstag wurde im Ergebnis der Novemberrevolution 1918 erkämpft. Die vergangenen hundert Jahre waren geprägt von einer gewaltigen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Das muss auch den Beschäftigten, die diese Entwicklung maßgeblich getragen haben, fortschrittlich zugutekommen. Dazu gehört eine Reduzierung der Arbeitszeit und, als Einstieg, der individuelle Anspruch, die Arbeitszeit für eine gewisse Zeit absenken zu können.

Die ablehnende Reaktion der Kapitaleseite war so zu erwarten. Das wird die IG Metall nicht daran hindern, darum zu kämpfen, die berechtigten und mehr als zeitgemäßen Ziele zu erreichen. Eure Auseinandersetzung hat wegweisenden Charakter für viele andere gesellschaftlichen Bereiche. Auch dort wird es in den Tarifkonflikten der nächsten Jahre um die Frage einer zeitgemäßen Arbeitszeitgestaltung gehen. Euer Kampf verdient deshalb Aufmerksamkeit und Unterstützung aus der gesamten Gesellschaft. Euer Kampf ist für uns alle wichtig. Für uns ist völlig klar: Wir stehen in diesem Kampf an Eurer Seite.

Victor Perli, MdB  
Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Rainer Nagel, Vorsitzender  
Kreisverband DIE LINKE Salzgitter

## **Redebeitrag zur Mitteilungsvorlage 1020/17 zur Einführung des SZ-Mobil-Tickets im Rat am 29.11.17**

Die Fraktion DIE LINKE ist verärgert über die Mitteilungsvorlage 1020/17 zur Einführung des SZ-Mobil-Tickets. Wir sehen darin eine wiederholte Verzögerungstaktik, um die Einführung des Sozialtickets zu verhindern. Die Verwaltung hatte über ein halbes Jahr Zeit nach dem Ratsbeschluss das Mobilticket zum 1.1.2018 auf den Weg zu bringen. Die Gespräche mit dem Regionalverband und der KVG und der Landesnahverkehrsgesellschaft hätten rechtzeitig geführt werden müssen.

Die Verwaltung verzögert aber nicht nur die Einführung des Sozialtickets, sondern versucht auch noch durch Taschenspielertricks die Kosten hochzurechnen. Die Berechnung der Mindererlöse ist nicht transparent. Es wird behauptet, dass das Sozialticket bis zu 1,5 Millionen Euro pro Jahr kosten würde.

Meine Fragen dazu im Sozialausschuss am 1.11.17 (s. 1020/17-MV) wurden bisher noch nicht beantwortet:

- Wie setzen sich diese 1,5 Millionen Euro pro Jahr zusammen?
- Worauf beruhen diese Mindererlöse?

Wahrscheinlich wird von den aktuellen Zuschüssen je Fahrgast ausgegangen. Doch wenn durch das Sozialticket die Busse voller werden, entstehen daraus keine Mehrkosten, es sei denn dass mehr Busse eingesetzt werden müssten.

Im Gegenteil – nach den vorliegenden Zahlen würden sogar ca. 850.000,- € mehr eingenommen werden, wenn 15% der Sozialleistungsbeziehenden das Sozialticket kaufen würden.

Die Fraktion DIE LINKE erwartet daher von der Verwaltung, dass transparente Zahlen zur Berechnung der zusätzlichen Kosten und Einnahmen für das SZ-Mobil-Ticket endlich vorgelegt werden.

Es wird Zeit, dass auch in Salzgitter ein Sozialticket eingeführt wird. Besonders in Salzgitter gibt es überdurchschnittlich viele Sozialleistungsberechtigte. Das Sozialticket würde ihnen mehr Teilhabe ermöglichen.

In Braunschweig und Wolfsburg gibt es bereits ein Sozialticket. Im Landkreis Wolfenbüttel soll das Sozialticket zum 1.7.2018 eingeführt werden.

Sello Ince  
Ratsmitglied Die Linke Salzgitter

## *Gedanken, unter den Weihnachtsbaum zu legen.*

„ Wenigen Reichen gehört die halbe Welt“, titelten 2017 zahlreiche Medien: Die 62 reichsten Menschen besitzen zusammen- aktuell genau so viel wie die 3,6 Milliarden Menschen der ärmeren Hälfte der Erdbevölkerung. Und umgekehrt: Ein Prozent der Weltbevölkerung nennt fast die Hälfte des weltweit angehäuften Reichtums sein Eigen. Diese nüchternen Zahlen hat Oxfam vorgelegt, die altherwürdige, weltweit aktive Nothilfe- und Entwicklungsorganisation mit Sitz im englischen Oxford.

Und dieser globale Trend setzt sich mit unterschiedlicher Geschwindigkeit über die Kontinente und Staaten bis in alle Regionen der Welt fort. Dabei ist besonders auch in Deutschland der Graben zwischen Arm und Reich inzwischen so tief, dass man von oben kaum noch den Grund sehen kann und der Anteil derjenigen, die hierzulande „von Armut bedroht“ sind, trotz „guter wirtschaftlicher Lage und eines robusten Arbeitsmarktes“ immer weiter wächst.

Noch beeindruckender als die Größenordnung ist die rasende Dynamik, mit der weltweit die Konzentration von Einkommen und Vermögen vorangetrieben wird – ohne jegliche ökonomische Sinnhaftigkeit – ohne nennenswerte demokratische Kontrolle, von moralischen Kategorien wie Humanität und sozialer Gerechtigkeit völlig zu schweigen. Im Vorjahr waren es nämlich noch 80 extrem Reiche, die unter sich genau so viel Besitz angehäuften hatten, wie sich die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung teilen musste – eine Verschiebung um rund ein Drittel in einem einzigen Jahr. Es ist also absehbar, dass über kurz oder lang eine Handvoll Leute einen Großteil der Welt besitzen und beherrschen wird.

Zu den Grundlagen dieses unermesslichen Reichtums gehört das todbringende Elend, das am anderen Ende der weltweiten Vermögensskala immer weiter um sich greift. Täglich sterben 50 000 Menschen an Hunger, die weniger als nichts haben. Hunderte Millionen Menschen haben nichts. Auch ihre Arbeitskraft kauft ihnen niemand ab. Ihr Dasein ist ein täglicher Kampf ums Überleben.

Vor 50 Jahren verkündeten die Vereinten Nationen das Ziel, dass die Industrieländer 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einsetzen sollten. 2015 wollten sie es erreichen, versprachen später die Länder Europas. Realisiert haben es Schweden, Norwegen, Luxemburg, Dänemark und die Niederlande. Deutschland „gibt“ gerade mal 0, 4 %.

Da darf sich niemand wundern, dass die Konkurrenz um die immer knapper werdenden Güter vor allem in vielen Ländern Afrikas und des Nahen Ostens in gewaltsame, auch kriegerische Auseinandersetzungen mündet, vor denen Millionen Menschen fliehen müssen. Für deren notdürftige Versorgung in den Nachbarländern fehlen den internationalen Hilfsorganisationen dann – vergleichsweise – lächerliche drei, vier Milliarden Euro, weil sie auch hier von den reichen Ländern an der kurzen Leine gehalten werden.

In der Folge versuchen diejenigen unter den Flüchtenden, die noch einen Rest an Mut und Kraft haben, in Weltgegenden zu gelangen, wo ihnen ein Überleben möglich scheint. Zu den wenigen politisch Verantwortlichen, denen hierzulande der klare Blick auf die Ursachen der weltweiten Flüchtlingsbewegung noch nicht ganz abhandengekommen ist, zählt Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Er braucht keine 130 Milliarden Euro (wie seine Kabinettskollegin van der Leyen für die Aufrüstung der Bundeswehr), sondern wäre mit einem Bruchteil davon zufrieden im Interesse der Gedeimten der Welt. „Die Flüchtlinge, die jetzt zu uns kommen, haben bereits seit mehreren Jahren in Zeltstädten, Kellern und Ziegenställen ohne Wasser und Strom gesessen“. Und: „Wir haben unseren Wohlstand auf dem Rücken der Entwicklungsländer aufgebaut. Das wird nicht mehr lange gut gehen.“ Sein Wort in die Gehörgänge seine „Parteifreunde“.

Also brauchen wir – global, regional und lokal – den grundlegenden Wandel einer „Wirtschaft, die tötet“, wie Papst Franziskus das weltweite Wirtschaftssystem für die Superreichen genannt hat. Für vordringlich hält Oxfam dabei mehr Steuergerechtigkeit und eine Austrocknung der Steueroasen, eine Verpflichtung von Unternehmen zu einer öffentlichen, länderbezogenen Berichterstattung, ein Ende des ruinösen Wettbewerbs um die niedrigsten Steuersätze, faire Steuern und eine Reform des internationalen Steuersystems. Als LINKE hätten wir sicher noch einige Ergänzungen, aber – das wäre doch schon mal was!

Wie sagte der selige Mahatma Gandhi: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier“.

Der Kreisvorstand wünscht allen eine schöne Weihnachtszeit und alles Gute für 2018.



## LINKER Fahrplan 2018

Am 18. November fand die Vorstandsklausur statt, in der die Resultate unserer Arbeit im zurückliegenden Jahr eingeschätzt und die Vorhaben für 2018 beraten wurden. Sie bilden die Grundlage unseres Termin- und Arbeitsplans, der im Vorstand am 07. 12. beschlossen wurde.

Im Mittelpunkt steht dabei die Aufgabe, DIE LINKE weiter zu stärken und besser zu verankern, sie durch Ausbau und Stärkung von arbeitsfähigen Strukturen zu einer aktivierenden und organisierenden Mitgliederpartei zu entwickeln und die interne Kommunikation und inhaltliche Diskussion weiter zu verbessern.

### Das ist der geplante zeitliche Ablauf für das 1. Halbjahr 2018:

#### Januar:

- 11. 01.: Kreisvorstand
- 14. 01.: Liebknecht/Luxemburg-Ehrung in Berlin

**Sozial. Gerecht. Für alle.**  
**DIE LINKE.**

#### Ab Mitte Januar: Verteilung KLAR (+ ggf. Flugblatt zum Thema Sozialticket)

- 21. 01.: *U40-Treffen auf Landesebene*
- 23. 01.: Mitgliederversammlung  
Gast: Cevdet Kaya, BR Hütte zum Thema der politischen Entwicklungstendenzen unserer türkischen und kurdischen MitbürgerInnen.
- 27./28. 01.: *Klausur Landesvorstand*

#### Februar:

- 01. 02.: Geschäftsführender KV
- 03. 02.: *Treffen Neumitglieder in Uelzen*
- 08. 02.: Kreisvorstand

#### **! Beginn Unterschriftensammlung für eine Initiative zur Wiedererhebung der Vermögenssteuer**

- 20. bzw. 27. 02.: Mitgliederversammlung (Gewerkschaftshaus)  
Thema: Kommunalpolitik im Rat der Stadt und den Ortsräten

#### März:

- 01. 03.: Geschäftsführender Vorstand
- 02. – 04. 03.: *Seminar junger Gewerkschafter – zentral*
- 08. 03.: Info-Stand und Blumenverteilung zum 8. März
- 10. 03.: *Schulung Kreisschatzmeister in Hannover*
- 19. 03.: Kreisvorstand: gemeinsame Beratung . . .
- 21. 03.: Internationaler Tag gegen Rassismus –  
Veranstaltung im Gewerkschaftshaus
- 27. 03.: Mitgliederversammlung – Frauenpolitik

## April:

05. 04.: Geschäftsführender Vorstand  
12. 04.: Kreisvorstand  
14. 04.: Info-Stand  
*14./15. 04.: Zentrale Kreisvorsitzenden-Konferenz*  
Ab Mitte April vorauss. Verteilung KLAR  
*18. – 22. 04.: Frühjahrsakademie politische Bildung in Werbellinsee*  
24.04.: Frühlinksempfang der LINKEN in SZ

## Mai:

01. 05.: Mai – Demo  
03. 05.: Geschäftsführender Vorstand  
05. 05.: Info-Stand o. ä. zum 200. Geburtstag von Karl Marx  
29. 05.: Mitgliederversammlung – gewerkschaftspolitisches Thema

## Juni:

07. 06.: Kreisvorstand  
08. – 10. 06.: Parteitag der LINKEN  
16. 06.: Info-Stand  
23. 06.: Mitgliederversammlung – Auswertung Parteitag und Sommerfest  
28. 06. - 08. 08.: Sommerferien  
01. 09.: Aktionen / Info-Stand zum Antikriegstag

**Ratsfraktion und solid planen ihre Veranstaltungen eigenständig.**

**In lockerer Folge lädt Victor ins Parteibüro zum Thema „Aktuelles, Vorder- und Hintergrundiges aus dem Deutschen Bundestag“ ein.**

---

## Kontakte

**Büro :** **38226 Salzgitter- Lebenstedt, Berliner Str. 49**

**Bürozeiten:** Dienstag 16.00 bis 18.00 Uhr  
Donnerstag 16.00 bis 18.00 Uhr

**Telefon:** 05341/790 56 50

**Internet:** [www.die-linke-salzgitter.de](http://www.die-linke-salzgitter.de)

**e-mail:** [dielinke-salzgitter@t-online.de](mailto:dielinke-salzgitter@t-online.de)

**Vorsitzender:** Rainer Nagel DIE LINKE, Kreisverband Salzgitter  
[Rainer.nagel.53@gmail.com](mailto:Rainer.nagel.53@gmail.com)  
Tel.: 01578 454 88 96

**Büro:** **Fraktion DIE LINKE im Rathaus Zimmer 52**

**Telefon:** 05341/839 32 76

**e-mail:** [dielinke@stadt.salzgitter.de](mailto:dielinke@stadt.salzgitter.de)

**Herausgeber:** DIE LINKE, Kreisverband Salzgitter V.i.S.d.P.